

**Kontakt:** Sandra Jäschke, Pressesprecherin  
**Tel.:** (03 51) 2 55 93 28  
**Fax:** (03 51) 2 55 93 77  
**E-Mail:** sandra.jaeschke@hsw-mail.de



## **Hohe Gewerbesteuerhebesätze zunehmend Belastung für die sächsische Wirtschaft**

### **- Neue Arbeitsplätze brauchen wachstumsfördernde Rahmenbedingungen -**

Zur Meldung über den Anstieg der Gewerbesteuereinnahmen in Sachsen im ersten Quartal 2007 um 18 Prozent erklärt der Präsident der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e.V. (VSW), Bodo Finger: „Die Stärkung der Finanzkraft unserer Kommunen ist erfreulich. Die Chance, jetzt die Haushalte zu sanieren und die Verschuldung zu bremsen, muss konsequent genutzt werden. Dann ist auch wieder eine Reduzierung der Gebühren und Abgaben möglich, die längst überfällig ist, denn Sachsen hat bundesweit mit 415 Punkten die dritthöchsten Gewerbesteuerhebesätze. Nur in Nordrhein-Westfalen (434) und dem Saarland (416) sind sie noch höher. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 388. Unser Nachbar Sachsen-Anhalt hat mit einem durchschnittlichen Hebesatz von 315 beispielsweise einen deutlichen Wettbewerbsvorteil. Der sächsische Hebesatz belastet nicht nur die Kostenstruktur unserer Unternehmen, sondern macht auch den Standort an sich weniger attraktiv.“ Diese Sondersteuer für Unternehmen, die in kaum einem anderen Land noch existieren, spielen bei Standortentscheidungen internationaler Investoren zunehmend eine Rolle.

In den letzten zehn Jahren sei der Hebesatz in Sachsen um fast 20 Prozentpunkte gestiegen. Besonders hoch liege er in den Städten Chemnitz, Dresden und Görlitz (450) sowie Leipzig (460). Sächsischer Spitzenreiter ist Hoyerswerda mit 485. Attraktive Bedingungen fände man dagegen zum Beispiel in Kamenz (366) oder Annaberg (368). „Hohe Gewerbesteuerhebesätze sind ausgesprochen kurzsichtig, weil sie dem Wachstum entgegen stehen, einem Wachstum, das zu einem nachhaltig höheren Einkommen führt. Weniger ist hier mehr“, so Finger.

Der wachsenden sächsischen Wirtschaft dürfe durch steigende Steuern und Abgaben nicht die Dynamik genommen werden. „Das bedeutet nämlich am Ende weniger Geld für Investitionen in neue Arbeitsplätze“, so Finger.

Die VSW fordere daher die Sächsische Staatsregierung auf, das Finanzausgleichsgesetz so zu verändern, dass Kommunen für die Senkung ihrer Gewerbesteuer nicht länger bestraft, sondern für die Bemühungen um mehr Arbeit in den Regionen belohnt werden.

Landesvertretung Sachsen  
von BDI und BDA

**Vereinigung der  
Sächsischen Wirtschaft e.V.**

Washingtonstraße 16/16 A  
01139 Dresden  
PF 300 200  
01131 Dresden  
Tel.: (03 51) 2 55 93 0  
Fax: (03 51) 2 55 93 78

vsw@hsw-mail.de  
www.vsw-direkt.de